

Kabinett billigt Kassen-Einheitsbeitrag:

## 15,5 Prozent für alle Versicherten

Im nächsten Jahr verteuert sich die gesetzliche Krankenversicherung mit dem neuen Einheitssatz von 15,5 Prozent für viele Bürger deutlich. Das Bundeskabinett setzte den Beitragsatz am 29. Oktober fest und machte damit den Weg für den Gesundheitsfonds endgültig frei. Rund neun von zehn Kassenmitgliedern müssen dann mehr als heute zahlen.

Gutverdiener mit einem Monatsbrutto von 3.600 Euro, die bei einer bisher besonders günstigen Kasse Mitglied sind, müssen mehr als 600 Euro zusätzlich im Jahr zahlen. Für die meisten der 51 Millionen Kassenmitglieder fallen allerdings lediglich Mehrkosten von einigen Euro im Monat an. Mitglieder teurer Kassen profitieren. Da der Ar-

beitslosenbeitrag von Anfang 2009 befristet um 0,5 Punkte auf 2,8 Prozent sinken soll, ergeben sich unterm Strich für viele Arbeitnehmer unter den Versicherten leichte Entlastungen. Beim neuen Beitragssatz werden 14,6 Prozent vom Bruttoeinkommen je zur Hälfte von Arbeitnehmern und Arbeitgebern bezahlt. Die Arbeitnehmer müssen allerdings zusätzlich zu ihrem Anteil von 7,3 Prozent einen weiteren Beitrag von 0,9 Prozent tragen. Der Bundestag muss nicht mehr zustimmen. FDP-Gesundheitsexperte Daniel Bahr sagte dem WDR: „Durch die Entscheidung im Kabinett präsentiert die Bundesregierung den Beitragszahlern die Rechnung ihrer verfehlten Gesundheitspolitik.“

Schmidt forderte von den Kassen „konstruktive Vorschläge“ dafür, wie sie die Versorgung ihrer Mitglieder mit den Mehreinnahmen verändern wollen. „Ich erwarte, dass die Krankenkassen nun ihre Arbeit machen und endlich Leistung zeigen für die Versicherten.“ Sie erhielten alle benötigten Mittel. Die Einnahmen der mehr als 200 Kassen stiegen 2009 um 10 auf fast 167 Milliarden Euro. „In Wahrheit geht es den Kassenmanagern darum: Alles soll intransparent bleiben, man will weiter selbstherrlich die Beiträge anheben können in der Hoffnung, dass die Menschen das nicht merken“, wies Schmidt in den „Stuttgarter Nachrichten“ die Kritik von Kassenmanagern zurück. Die Kassen hatten einen Einheitssatz von 15,8 Prozent gefordert. Sie befürchteten, dass sie Zusatzbeiträge erheben müssen, weil sie mit dem Geld nicht auskommen. (ddp)

### Hausmann Cartoon



Bundeszahnärztekammer:

## GOZ-Entwurf bedarf genauer Überprüfung

Der vom Bundesgesundheitsministerium vorgelegte Referentenentwurf für eine neue Gebührenordnung für Zahnärzte (GOZ) wird von der Bundeszahnärztekammer (BZÄK) eingehend geprüft. Erst nach „kritischer, valider und seriöser Prüfung“ werde man zu dem Entwurf Stellung nehmen, kündigte der neugewählte Präsident der BZÄK, Dr. Peter Engel, auf deren Delegiertenversammlung beim Deutschen Zahnärztetag in Stuttgart an. Engel wies darauf hin, dass die von Staatssekretär Dr. Klaus Theo Schröder angekündigte Erhöhung des Gesamtvolumens der GOZ um gut zehn Prozent nicht mit einer entsprechenden Honorarerhöhung gleichzusetzen sei: „Es sind zusätzliche Leistungen in die GOZ aufgenommen worden, sodass eine Aussage zu einer tatsächlichen Honorarsteigerung derzeit nicht möglich ist.“ Der sogenannte Punktwert, aus dem das jeweilige Honorar errechnet wird, sei von 5,6241 Cent auf 5,65 Cent erhöht worden, dies entspreche einer Erhöhung um 0,46 Prozent.

Erst nach Prüfung im Detail könnten seriöse Bewertungen der GOZ-Novelle getroffen werden. Dies soll nach einer außerordentlichen Versammlung der Delegierten der BZÄK Mitte November erfolgen. (www.bzaek.de)